

Ostland-Berichte

Reihe B: Wirtschafts-Nachrichten.

Herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig

Inhalt:

Industrie und Handel im Posener Gebiet.

Polen und das französische Kapital.

Kaufkraft und Lebensstandard in Polen?

Ungaben als Folgeerbschaften.

Polens Gewinn aus der Weltentwertung.

Industrie und Handel im Posener Gebiet.

Die Fünfzigjahresfeier des neuen polnischen Staates am 11. November d. J. hat der polnischen Presse begründeten Anlaß, auf die Entwicklung Polens in den vergangenen einundhalb Jahrzehnten zurückzuschauen. Aus einer solchen, der wirtschaftlichen Entwicklung Polens gewidmeten Sondernummer der „Gazeta Handlowa“ entnehmen wir hier einen Auszug des Direktors der Posener Lokomotivfabrik „S. Cegielski-A. G.“, Dr. Kreglewski, über die Lage der Industrie, für dessen grundsätzliche Haltung wohl die Tatsache, daß das von dem Verfasser geleitete Werk in erster Linie von Staatsaufträgen abhängt, mit entscheidend gewesen ist. In dem Auszug der übrigens weitgehend mit Darlegungen des Verfassers auf der letzten Gabelung des „Regierungsbüros“ in Polen übereinstimmt (vergl. „Dziennik Paryżski“ Nr. 235, 12. 10. 1933), heißt es u. a.:

Die Struktur der Posener Industrie werde am besten gekennzeichnet durch die folgende Übersicht der Arbeiterzahl im Jahre 1930, verglichen mit der Arbeiterzahl in der Industrie Gesamt-polens.

	Posen	Gesamt-polen
Lebensmittelindustrie	13 000	55 000
Metallindustrie	11 000	70 000
Chemische Industrie	2 800	30 000
Mineral-Industrie	6 000	50 000
Holzindustrie	5 500	48 000
Bau-Industrie	3 200	26 000
Konfektionsindustrie	1 400	13 000
Gerberei-Industrie	450	4 500
Papier-Industrie	950	13 500
Graphische Industrie	1 800	10 000

Danach weise also die Posener Industrie, von der Lebens- und Genussmittelindustrie abgesehen, gegenüber den anderen Teilgebieten Polens keine besonderen Züge auf; sie stelle bei den genannten Produktionszweigen durchschnittlich 7—12 % (nur bei der Lebens- und Genussmittelindustrie über 25 %) der polnischen Gesamtproduktion. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, handele es sich dabei vorwiegend um Klein- oder Mittelbetriebe von rein lokaler oder regionaler Bedeutung. Die Industrie der Rohstoffe (Bergbau, Hütten- und Zementindustrie) sowie die anderswo sehr wichtige Textilindustrie seien in Posen überhaupt nicht vertreten.

Die Sonderlage der Posener Industrie werde dadurch gekennzeichnet, daß sie neben der allgemeinen, von sämtlichen Teilgebieten Polens empfundenen Wirtschaftskrise noch eine Sonderkrise der Unifizierung — die Krise der Anpassung an die übrigen Teilgebiete des Staates — erlebe.

Besonders gehemmt sei Polens Industrie durch die Folgen der Agrarkrise. Diese „mußte sich hier in weit höherem Grade als in den übrigen Landesteilen auswirken, weil die hiesige Landwirtschaft unter besonders günstigen Bedingungen arbeitete. Vor dem Kriege war Posen die Kornkammer des Deutschen Reiches; die Posener Landwirt-

schaft profitierte in hohem Maße von dessen landwirtschafts-freundlicher Politik und gelangte auf dieser Grundlage zu hoher Blüte (1).

Unabhängig von dem relativ hohen Lebensstandard des hiesigen Landwirtes, der Grund dessen die Städte Posens mit ihrem Handel, Handwerk und Kleinergewerbe wuchsen und aufblühten, war der Bedarf der Posener Landwirtschaft an Industrierprodukten aller Art wie landwirtschaftlichen Maschinen, künstlichen Düngemitteln usw. . . . zur Erhaltung, Vervollständigung und Verbesserung der landwirtschaftlichen Betriebe stets sehr hoch.

Mit dem Augenblick der Unifizierung befand sich Polen auf einmal im Rahmen eines Staates von ausgesprochen agrarischer Struktur und mußte mit einer auf niedrigerem Wirtschaftsniveau stehenden Landwirtschaft konkurrieren. Die Wirkung der ökonomischen Gesetze bei dem Zusammenschluß der auf verschiedener Entwicklungsstufe stehenden Teilgebiete Polens zu einer Einheit mußte selbstverständlich eine Senkung des Wohlstandsniveaus Westpolens mit sich bringen.

Trotzdem war im Anfang unserer Unabhängigkeit die Wirtschaftslage Posens bedeutend besser als die der übrigen, durch den Krieg stark verwüsteten Teilgebiete. Es ist daher auch kein Wunder, daß trotz des hohen Standes der eigenen Bedürfnisse die westlichen Gebiete einen bedeutenden Teil ihrer Steuer- und übrigen Einkünfte zugunsten der übrigen Teilgebiete abtraten.“ (Vom Verfasser gelehrt.)

„Es war nicht nur eine Frage der staatlichen Notwendigkeit, eine Frage der Gerechtigkeit, daß die wohlhabenderen Teilgebiete zu möglichst beschleunigtem Wiederaufbau der verwüsteten Landesteile beitragen, vielmehr lag und liegt es auch künftig im eigenen Interesse Posens, durch Förderung der ärmeren, in der Vergangenheit weniger privilegierten Gebiete, deren Bedürfnisse, sowie ihre Kaufkraft zu steigern und auf diese Weise den Markt für die eigenen Produkte zu erweitern. Hinsichtlich der steuerlichen Belastung stehen z. B. Posen und Pommern . . . hinter Warschau, Schlesien und Łódź an vierter Stelle, während sie in der Bevölkerungsverteilung den siebenten Platz einnehmen. Bei den Soziallasten zahlten Posen und Pommern im Jahre 1930 zur Unterhaltung der Sozialversicherungsinstitute den Betrag von rund 110 Millionen Zloty, also fast $\frac{1}{3}$ der gesamten Lasten, die von dem Lande für die Sozialversicherungen getragen wurden“).

Besonders nachteilige Folgen der Unifizierung mußten für die Posener Holzindustrie festgelegt werden. Denn diese habe dadurch in gewisser Hinsicht ihre Existenzberechtigung verloren.

„Die vor dem Kriege besonders im Bromberger Gebiet zur Verarbeitung des auf den Flüssen ankommenden russischen Holzes ausgebauten Sägewerke standen plötzlich vor dem Ma-

¹⁾ Allerdings darf diese Unterfütterung der ärmeren Landesteile nicht zu einer Überforderung der Finanzkraft der westlichen Gebiete Polens führen, wogegen nicht nur die Oppositionsparteien dieser Gebiete — bei grundsätzlicher Anerkennung ihrer Unterfütterungspflicht — seit jeher mit Recht protestiert haben (vergl. „Ostland-Berichte“, Jahrg. V (1931), S. 450), sondern sich auch der nachfolgend zitierte Auszug aus dieser Sondernummer der „Gazeta Handlowa“ wendet. (Kos.)

terialmangel, da die hiesigen Wälder nicht über genügende Holzmassen verfügten, die Sägewerksindustrie aber gegenwärtig den Rohstoffquellen zustrebt."

Ebenfalls schwer seien die Folgen der Unfruchtbarkeit für die ebenfalls auf die Verarbeitung russischen Rohmaterials eingerichtete Mühlenindustrie gewesen.

„Unmittelbar nach dem Kriege versorgten sie (= die Posener Mühlen) die übrigen Gebiete Polens mit Mühlenfabrikaten. Nach dem Wiederaufbau des Landes . . . erfolgt die Vermahlung des Getreides natürlich am Produktionsort, die Landwirtschaft Posens aber mußte und muß den Ausweg für ihre Überschüsse im Auslande suchen.

Alle diese Faktoren mußten auf eine relative Verarmung dieses Teilgebietes und eine Verringerung des Betriebskapitals der Posener Wirtschaft hinwirken¹⁾ . . . so daß unsere Wirtschaft mit einem sehr geringen Bestand an Betriebsmitteln in die Epoche der Währungsstabilisierung hineinging."

Die Unfruchtbarkeit habe jedoch auch günstige Seiten gezeigt, vor allem weil sie Posen nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich mit dem Markt des Dreißigmilliönenvolkes (Étatses!) verbunden habe.

„Das Streben zur Industrialisierung Polens, das in einer entsprechenden Zollpolitik seinen Ausdruck fand, hat uns in hohem Grade von dem Druck der übermächtigen deutschen Industrie befreit."

Eine Reihe von Betrieben sei neu entstanden, alte Betriebe seien erweitert worden, u. a. gerade die von dem Verfasser geleiteten Werke, deren Arbeiterzahl gegenwärtig trotz der Wirtschaftskrise die Zahl der vor dem Kriege in der gesamten Metallindustrie Polens beschäftigten Arbeiter erheblich übersteige.

Besonders erfreulich sei gegenwärtig, daß die Lage der Landwirtschaft gewisse Zeichen einer Besserung aufweise, wozu vor allem auch die Hilfsmassnahmen der Regierung (Entschuldungsaktion, Exportprämien) beigetragen hätten. Ein solches Zeichen sei u. a., daß seit dem September d. J. die Landwirtschaft ihre Umsätze um 30 % erhöht habe. Eine weitere Förderung der Industrie erfolge durch die recht große Bautätigkeit der Städte, die voraussichtlich anhalten werde.

Im übrigen müsse die Industrie Polens zur Selbsthilfe schreiben. Wenn neuerdings in Polen dem Binnenmarkt erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werde, so müsse das besonders gelten für die Posener Industrie, die weit stärker als bisher ihre Expansion über ganz Polen ausdehnen müsse.

„Wir dürfen uns nicht in unserem engen Rayon einschließen. Wir dürfen nicht über die Ansprüche der Kunden in den anderen Teilgebieten klagen, sondern müssen uns diesen Bedürfnissen anpassen, die Auswahl der Fabrikate vergrößern, vor allem aber diesen Kunden zusehen . . . Wenn die Posener Industrie diese sämtlichen Möglichkeiten ausnützt . . . kann man kühn sagen, daß . . . selbst falls die gegenwärtige Krise weiter anhalten sollte, die hiesigen Industriebetriebe sich durch die Verstärkung des wirtschaftlichen Kontakts zwischen Posens und dem übrigen Lande ihre Existenz erheblich erleichtern werden . . ."

In der gleichen Sondernummer hat der Direktor des „Verbandes der kaufmännischen Vereine in Polen", B. Sikorski, die Lage des Posener Handels dargestellt. Auch dieser Verfasser gibt die Senkung des Lebensstandards in Polen infolge der Angliederung dieses Gebietes an Polen zu und stellt als Resultat der Strukturwandlungen in der Vorkriegszeit fest: „Als Plus ist die Polonisierung des Handels und der verarbeitenden Industrie, als

Minus die materielle Schwächung des polonisierten Handels zu verzeichnen."

Besonders großen Schaden habe der Handel durch die Kapitalverdrängung in der Inflationszeit erlitten. Vor allem sei daran zu erinnern, daß

„die ehemals mächtigen Posener Banken, von denen einige wie die Poznański Bank Handlowy und die Bank Przemyslowców nur mehr der Geschichte angehören — damals ihren Wirkungsbereich über ganz Polen ausdehnten und durch diese Tätigkeit zukunfts gegangen sind. Sie verloren ihre Kapitalien — deren Besitzer vorwiegend die städtische Bevölkerung des Posener Landes war.

Die Kaufmannschaft hat die Verluste, die ihr durch den Zusammenbruch der Banken erwachsen, sehr wohl erkannt. Der beste Beweis dafür ist die Tatsache, daß sie trotz ihrer Notlage aus eigener Initiative mit eigenen Mitteln die Bank Przemyslowców, die älteste Bank Westpolens — seiner Zeit sogar die größte Kreditgenossenschaft des ganzen Deutschen Reiches (??) — zu stützen versuchte. Die Kaufmannschaft brachte zu diesem Zweck fast eine Million Zloty zusammen, doch war diese Mühe vergebens, die Bank brach zusammen, während man sie durch weitergehende und zielbewußte Staatshilfe hätte halten sollen . . . Unso mehr als der auf Kreditstättshilfe angewiesenen polnischen Kaufmannschaft die starke Kredithilfe, die der deutschen Minderheit zur Verfügung steht, entzogen tritt." (Vom Verfasser geliebt.)

„Es kommt sogar dazu, daß der polnische Handel, die polnische Industrie kezwanen sind, sich an die deutschen Banken um Kredit zu wenden. Über die Konsequenzen einer solchen Sachlage möchte ich mich nicht weiter verbreiten . . ."

Im Zusammenhang mit diesen Kreditwierigkeiten berührt Verfasser auch die Entschuldungsaktion, die in Polen auch für den Handel höchst wichtig sei, da er in dem rein agrarischen Land vollkommen von dem Schicksal der Landwirtschaft abhängig. Durch die bisherige Art der Durchführung dieser Aktion aber sei der Handel nur in noch größere Bedrängnis geraten, denn bei der Kreditbeziehung: Landwirtschaft — Handel — Bank sei durch die neuen Verordnungen nur die erste Phase (der Wandwirt gegenüber dem Kaufmann) gelöst, die zweite Phase (der Kaufmann gegenüber der Bank) wohl gar noch erhöht worden. Zudem sei das übrige ausgelegt. Es sei also unerläßlich, daß die zur Liquidierung der eingetragenen Agrarkredite ins Leben gerufene Abzugsbank auch die der Landwirtschaft von dem Handel (offiziell nur zur Erhaltung der Betriebe durch Lieferung von Maschinen, Düngemitteln, Saatens usw.) gewährten Kredite erlasse. Darüber hinaus sei es notwendig, dem Handel durch Senkung der Zinssätze zur Hilfe zu kommen.

Zur Frage der öffentlichen Lasten übergehend, stellt Verfasser — im Gegensatz zu dem oben erwähnten Aufsatz — mit aller Entschiedenheit fest,

„daß die falsche Vorstellung von dem hohen Wohlstand Posens ein zu starkes Anziehen der Steuerschraube bewirkt. Zweifellos ist der Lebensstandard der westlichen Grenzgebiete immer noch relativ hoch, aber es muß betont werden, daß der Lebensstandard höher als die wirkliche Rentabilität ist und eher auf dem Verbrauch der Reste früher angesamelter Wohlstandsreserven beruht."

Der staatliche Erhebungsapparat erkennt nicht genügend den wirklichen wirtschaftlichen Zustand dieses Teilgebietes. Der im Interesse des Gemeinwohls . . . geübte finanzielle Druck ist zwar erklärlich, man muß aber auch Verständnis für die Strukturerecheinungen aufbringen, die dazu führen, daß allgemeine Verordnungen in den einzelnen Teilgebieten durchaus verschieden wirken müssen . . . Allgemeine Anweisungen, z. B. wie die Normen des Durchschnittseinkommens, werden, trotz offensichtlicher Unterschiede in der Einkommenslage dieses oder jenes Teilgebietes, vollkommen mechanisch auf ganz Polen angewandt. Das gegenüber dem Anteil (Polosens) an den gesamten Einkünften

¹⁾ Diese Verringerung des Betriebskapitals bezeichnet Verfasser in seinem Vortrag bei der Tagung des Regierungsbüros als eine Folge der Polonisierung der deutschen Betriebe im Abzugsgebiet, weil die Posener Wirtschaftskreise dabei den Fehler begangen hätten, wegen ihrer grundsätzlichen Abneigung gegen die „Einkommensfrage" aus den anderen Teilgebieten Polens, die Polonisierungskaktion ausschließlich mit den eigenen Mitteln durchzuführen. („Dziennik Poinalski" Nr. 235, 12. 10. 1933.)

des Landes um ca. 50 % höhere Niveau der Steuerrückstände in Posen ist vielleicht der beste Beweis für diese Überschätzung der Zahlungsfähigkeit Posens." (Zom Verfall geipert.)

Auch auf anderen Gebieten werde Posens Sonderlage oft nicht genügend berücksichtigt, z. B. bei der Preispolitik, bei Berechnung der „Preisdreiecke“ zwischen Agrar- und Industrieprodukten. Würde man nämlich eine „regionale“ Korrektur vornehmen, „so würden wir sehen, daß die Spannung der „Preisschere“ in Posen weit größer als in den übrigen Teilgebieten ist.“

Der Bericht geht noch ein auf die überhöhten Kartellpreise, die — abgesehen von der Verringerung der Kaufkraft der Bevölkerung für Agrarprodukte oder der Ausschaltung des Handels — folgende, für Polen besonders schädliche Wirkung hätten.

„Die Posener Industrie, die größtenteils verarbeitende Industrie ist, ist gezwungen, teurere Rohstoffe zu beziehen, was ihr nicht nur die Expansion, sondern oftmals die Existenz überhaupt erschwert.“

Der Dumpingexport erschwert, indem er auf den Auslandsmärkten Gegenmaßnahmen hervorruft, den größeren Chancen besitzenden Export, insbesondere den Agrarexport Posens. Dadurch aber vermehrt der Dumpingexport das (agrarische) Angebot am Inlandsmarkt und senkt die Preise.“

Zum Schluß wendet sich der Bericht noch kurz gegen die wachsenden Eingriffe des Staates in die Privatwirtschaft, beißt sich aber blinzelförmig, daß

„der Staat gegenwärtig großes Verständnis für die augenblickliche Lage beweist. Die Bevölkerung Posens weiß sehr wohl, daß der größte Feind dieser Mängel Überbleibsel aus den ersten Jahren unserer Unabhängigkeit sind. Der Verlust der Vermögenssubstanz der Posener ist das Resultat der separatistischen Verordnungen von 1919—1921. Die Inflation der polnischen Mark und die erste Zloty-Initiation erfolgten gleichfalls vor 1926. Das Steuersystem, die Sozialgesetzgebung, die Schaffung der Monopole und der Ertismus (1) — sind nicht Maßnahmen der letzten Jahre, sondern Leistungen früherer vergangener Jahre, von denen man sich nicht leicht freimachen kann.“

[„Codienna Gazeta Handlowa“ Nr. 259, 11. 11. 1933.]

Polen und das französische Kapital.

Mit vor einigen Monaten eine englische Kapitalgruppe Polen für die Elektrifizierung des Warschauer Eisenbahnknotenpunktes einen Kredit von 1.800.000 £ (woon 330.000 £ bar, 900.000 £ als Warenkredit bei englischen, 350.000 £ bei polnischen Firmen) einbrachte, bedauerte die Zeitschrift der französischen Schwerindustrie („L'Usine“) sehr lebhaft, daß bei dieser Transaktion das französische Kapital so ganz übergangen worden sei. Daraufhin erklärte eine polnische Stimme (die Zeitschrift „Przemysł Metalowy“ = „Die Metallindustrie“) mit aller Offenheit:

„Wenn ... die Beziehungen zwischen Polen und Frankreich eine gewisse Abkühlung erfahren haben, so deshalb, weil nach der erfolgten politischen Verständigung die zwischen den beiden Völkern mögliche enge Wirtschaftskooperation bisher nicht eingetreten ist. Zweifellos war und ist sich Polen darüber klar, daß Polen, das nach über hundertjähriger Knechtschaft seine Unabhängigkeit wiedererlangt hat, verschiedene Arbeiten in Angriff nehmen muß, die ihm ermöglichen sollen, seine Unabhängigkeit auf kräftige Grundlagen zu stützen. Diese vorwiegend ökonomischen Arbeiten erfordern bedeutendere Kapitalien. Leider konnten wir — von den Kriegsanleihen, die für die Festigung der Freundschaft von geringem Wert sind, abgesehen — bis heute mit Frankreich keine Beziehungen anknüpfen, die uns ermöglichen würden, in Frankreich einen Verbündeten zu sehen, der uns ... in einer Weise behandelt, die Vertrauen und Dankbarkeit erweckt ... Im allgemeinen verweigert uns Frankreich finanzielle Hilfe ...“

Diese offenen Worte wurden von der französischen Zeitschrift sehr ausführlich wiedergegeben und dabei der Wunsch ausgedrückt, daß die Leiter der französischen Politik, statt sich in unerlösten Finanzierungsprojekten des Völkerbundes zu verlieren, besser bemüht sein sollten, die nationalen Interessen Frankreichs durch Ausbau der Wirtschafts- und Kapitalbeziehungen zu seinen Verbündeten zu fördern. („Codienna Gazeta Handlowa“ Nr. 238, 10. 11. 1933.)

Dieser Appell ist aber ergebnislos geblieben. Während nämlich die polnische Presse in letzter Zeit wiederholt ausländische Kreditangebote (von englischer Seite für die weitere Elektrifizierung der polnischen Bahnen, von amerikanischer Seite für die Lobzer Textilindustrie) zu melden wußte, ließ solche Angebote von Frankreich nach wie vor ausbleiben. Das französische Kapital weigert sich sogar, die früher abgeschlossenen Verträge einzubahlen.

Bekanntlich hat sich Polen seinerzeit genötigt gesehen, die Eisenbahn Oberösterreich—Ödgingen (die „Kohlenmagistrale“) noch vor Fertigstellung gegen eine zu recht ungünstigen Bedingungen gewährte Antezie an eine französische Gruppe zu verpachten. Bis heute aber hat Polen trotz wiederholter Bemühungen seiner Regierung den Anteziebetrag nicht voll erhalten; auch hat die polnisch-französische Betriebsgesellschaft immer noch nicht den Betrieb der Strecke übernommen, vielmehr wird dieser provisorisch von den polnischen Staatsbahnen für Rechnung der Gesellschaft geführt. Die kürzlich in Paris geführten Verhandlungen sind wiederum ergebnislos geblieben: die Gesellschaft erklärt sich nach wie vor außerstande, der polnischen Industrie das rollende Material im Werte von 100 Millionen Francs in Auftrag zu geben, obwohl sie hierzu vertraglich verpflichtet ist. Als Grund wird angegeben, daß gegenwärtig keine Möglichkeit zur Piacierung weiterer Obligationen der Gesellschaft in Paris gegeben seien. („Gazeta Handlowa“ Nr. 264, 18. 11. 1933; „Polonia“ Nr. 3274, 10. 11. 1933.)

Sehr verstimmt hat auch, daß die schon bestehenden Kapitalbeziehungen zwischen Frankreich und Polen durchaus nicht zufriedenstellend sind. Das zeigt u. a. der neue Feldzug der polnischen Presse gegen das französische Kapital in den großen Textilwerken von Zyrardów (bei Warschau), die seit langem keine Dividende mehr zahlen, während angeblich Millionenbeträge durch entsprechende Wachstumsmandate ins Ausland geschafft worden seien. („J. K. G.“ Nr. 310, 8. 11. 1933.) Zum Schutz der polnischen Aktionäre (45 % des Aktienkapitals) ist daher kürzlich ein von bekannten Wirtschaftspolitikern geführtes „Szukanie mitee“ gegründet worden. („Codienna Gazeta Handlowa“ Nr. 251, 1. 11. 1933; „J. K. G.“ Nr. 310, 8. 11. 1933.)

Es ist sehr bezeichnend, daß sich neuerdings auch die polnische Regierungspresse diesem Feldzug gegen das französische Kapital angeschlossen hat.

[„Gazeta Polska“ Nr. 329, 28. 11. 1933.]

Russische Holzlieferungen an Polen!

Im Rahmen der polnisch-russischen Wirtschaftsanäherung (vgl. Nr. 4, S. 17) sind in letzter Zeit auch zwischen Vertretern der polnischen Sägewerksindustrie und russischen Genossenschaftlichen Verbänden über die Verarbeitung russischen Rohholzes in Polen geplante worden. Die polnische Presse brachte bereits Meldungen über ein bevorstehendes Abkommen zwischen der Holzindustrie des Wälnagebiets und russischen Lieferanten, auf Grund dessen erhebliche Mengen russischen Rohholzes auf der Memel, Wißla und Duna nach Polen geliefert werden sollten.

Gegen diesen Plan, der u. a. mit der Notwendigkeit, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, begründet wurde, hat die „Codienna Gazeta Handlowa“ u. a. erklärt:

„Dieses Experiment ist zu gefährlich, als daß man darüber hinweg zur Tagesordnung übergehen könnte. Diese Transaktion — ist nicht nur der Einkauf billigen Rohmaterials für die UdSSR — ist nicht nur ein Handelsproblem, sondern bedroht durch ihre gefährlichen Konsequenzen die gesamte Forst- und Holzwirtschaft Polens. Billiges russisches Rohmaterial für die

Sägewerke der östlichen Grenzgebiete wird vielleicht die Existenz dieser Betriebe erhalten und die Möglichkeit gewähren, eine verschwindend geringe Anzahl von Arbeitern zu beschäftigen. Dasselbe billige Rohmaterial aber nimmt dem in der Holzverwertung Polens beschäftigten polnischen Arbeiter die Arbeit und bedroht ernstlich die polnische Forstwirtschaft, die ohnehin infolge der gegenwärtigen Wirtschaftskrise mit unerhörten Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Andererseits aber wird es geradezu gefährlich für die Existenz derjenigen Holzbetriebe, die polnisches Rohmaterial, das zweifellos teurer als das zu Dumpingpreisen verkaufte russische Rohmaterial ist, verarbeiten. Dieses gefährliche Experiment wirkt jedoch noch weiter als es auf den ersten Blick scheinen sollte. Denn nicht nur bedroht es die polnische Forst- und Holzwirtschaft, sowie den polnischen Arbeiter, es ist auch eine ernste Gefahr für den polnischen Export. Es ist nämlich kein Geheimnis, daß die Bemühungen Kanadas bei der englischen Regierung, dem Import russischen Schnittmaterials Einhalt zu gebieten, nicht aufhören. Weiter ist es nach den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit allgemein bekannt, daß das Einfuhrverbot im Mai und Juni die Behauptung bewirkt hat, daß das in Polen geschnittene und nach England exportierte Holz ebenfalls russischer Herkunft gewesen sei. Welche Konsequenzen sich im Falle des Eindringens russischen Rohmaterials nach Polen für den künftigen Holzexport Polens nach England ergeben können, braucht wohl nicht erst betont zu werden. Daher müssen die maßgebenden Faktoren sich mit aller Entscheidungheit derartiger gefährlicher Experimente entgegenstellen, die geplante Transaktion aber muß weiterhin in der Sphäre unentwickelter Pläne gewisser Spekulanten, die sich mit allen Mitteln und auf jede Weise schnell bereichern wollen, verbleiben.“ („Codzienna Gazeta Handlowa“ Nr. 264, 18. 11. 1933.)

Da ferner über diese Angelegenheit weitere Mitteilungen ausgeblieben sind, ist anzunehmen, daß dieser entscheidende Einbruch bei der polnischen Regierung nicht erfolglos geblieben ist.

Odingen als Holzexporthafen.

Nachdem sich Ende 1931 die polnische Holzexport fast ausschließlich den Danziger Hafen benutzt hat, gingen im ersten Dreivierteljahr 1933 von dieser Ausfuhr nur noch 74,9 % über Danzig, dagegen bereits 25,1 % über Odingen. Danzig hat in diesem Zeitraum mit 381 000 t seinen Export gegenüber dem Jahre 1932 (560 000 t) gerade um 20 000 t zu 4 % vermehren können, Odingen dagegen um 195 000 t gegenüber dem Vorjahre (90 000 t) seinen Umschlag mehr als verdoppelt. Über die künftige Rolle Odingens in dem polnischen Holzexport hat kürzlich bei einer Presskonferenz in Odingen der Direktor des Ende 1931 gegründeten, heute ausschlaggebenden Unternehmens, der „Polnische Holzexportagentur“ („Polska Agencja Eksportu Drewna“ = „Paged“) eine beachtliche Erklärung abgegeben, in der es u. a. heißt:

„Vor dem Entstehen der „Paged“ wurden über Gdingen nur geringe Mengen Holz exportiert, vielmehr wurde Danzig als der typische Holzhafen angesehen. Heute ist Gdingen ebenso ein Holzhafen wie Danzig, und der Abzug des Holzes von Gdingen wäre gleichbedeutend mit . . . Arbeitslosigkeit für ein Drittel der Hafenarbeiter. Es verlohnt sich, darauf hinzuweisen, daß gegenwärtig der Holzumschlag im Gdingener Hafen mehr Arbeiter beschäftigt als der Kohlenumschlag. Denn die Holzarbeiter stellen fast 31 % der in Gdingen beschäftigten Arbeiter, die Kohlenarbeiter dagegen nur 22 %. Leider wird in Gdingen die Rolle des Holzes nicht genügend geschätzt und es etwas stiefmütterlich behandelt; das ist vor allem festzustellen bei der willkürlichen Zuteilung von Kaistrecken für den Holzumschlag. Daher ist Vorbedingung für

den weiteren Aufschwung des Holzexports über Gdingen die unbedingte und gehörige Berücksichtigung des Holzexports in den Hafenausbauplänen — mit der Bedingung, daß (dieser Umschlag) einen bestimmten Kai-Abschnitt und Lagerplätze mit ausreichendem Eisenbahnetz erhält. Das bedeutet natürlich keineswegs, daß Danzigs Rolle auf diese Weise eine grundlegende Wandlung erfahren würde, denn bei einer ganzen Reihe von Holzkatzen, besonders bei den wassergelagerten Slippers und Schwellen, ist Danzig unersetzlich, und beide Häfen werden sich durch ihre Eigenarten gegenseitig ergänzen. In keinem Falle aber kann zugelassen werden, daß der Holzexport über Danzig, der im Rahmen des kürzlich abgeschlossenen polnisch-Danziger Abkommens geschehen soll, sich ungünstig auf die Entwicklung des Holzexports über Gdingen auswirke. Die Leitung der „Paged“ wird alle Kräfte (!) daranwenden, nicht nur zur Erhaltung des bisherigen Bestandes bei dem Holzexport über Gdingen, sondern auch zu seinem weiteren Aufschwunge . . .“

[„Codzienna Gazeta Handlowa“ Nr. 266, 21. 11. 1933.]

Polens Gewinn aus der Dollarentwertung.

Die in den letzten Monaten erfolgte Dollarentwertung hat für Polen verschiedene recht günstige Folgen gestiftet. Abgesehen davon, daß dadurch die oft — und gerade von Regierungskreisen — erörterte Frage, wie man die in Polen als Folge der wiederholten Währungsrisiken stark verbreitete Dollarentwertung und den Gebrauch effektiver Dollarnoten als Zahlungsmittel beseitigen könnte (wogil, die in Reihe A der Berichte erörterte Schrift von „Józefowski, „Das Dollarproblem“), ihre Erledigung gefunden hat, wird als besonders erfreuliche Folge der Dollarentwertung die Verringerung der auf Dollar lautenden Auslandsschulden Polens verzeichnet. Hierbei teilt die polnische Presse u. a. folgendes mit:

Die auf Dollar lautenden Auslandsschulden Polens betragen insgesamt 300 Millionen \$, wovon nur die 1927 ausgenommene Stabilisierungsanleihe (40 Millionen \$) auf Gold-\$ gestützt ist. Auf die restliche Summe hat die Dollarentwertung wie folgt gewirkt:

Der Wert der Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten (200 Millionen \$) hat sich bei einem Rückgang des Dollars von 8,9 Zloty auf 5,4 Zloty um rund 717 Millionen Zloty vermindert. (Diese Rechnung hat nur theoretischen Wert, da sich Polen ohnehin geweigert hat, diese Schulden zu bezahlen.)

Bei der vorwiegend von amerikanischen Polen aufgetragenen Dollaranleihe von 1920 (19,5 Millionen Zloty) hat Polen einen Ausgewinn von 69 Millionen Zloty erzielt. Die Jänbbolz-(Kreuzer-)Anleihe von 1931 mit 32 Millionen \$ ist in ihrem Wert um rund 112 Millionen Zloty, die 1924 ausgenommene Dillon-Anleihe (24 Millionen \$) um 84 Millionen Zloty reduziert worden. Die Auslandsschulden des polnischen Staates allein haben sich also um rund eine Milliarde Zloty (gegenüber einer Gesamtsumme von ca. vier Milliarden um ¼ der Gesamtsumme) vermindert.

Bei den Auslandsschulden der Kommunen und Privatunternehmen sei eine Reduktion von schätzungsweise 200 Millionen Zloty zu verzeichnen, so daß die polnischen Auslandsschulden um insgesamt 1182 Millionen Zloty reduziert worden seien. („J. A. C.“ Nr. 329, 27. 1. 1933; „Polonia“ Nr. 3281, 26. 11. 1933.)

Demgegenüber steht allerdings ein Verlust infolge der Wertverminderung der in Polen umlaufenden Dollarnoten, der bei einem Umlauf von ca. 50–60 Millionen \$ (nach Józefowski, a. a. O.) auf rund 200 Millionen Zloty geschätzt werden kann.